

Rechtsaußen ganz im Süden

Chiles Präsident Kast bespricht bei Antrittsbesuch in Argentinien gemeinsame Agenda für Allianz mit Milei. Exguerillero Apablaza entzieht sich derweil seiner Auslieferung

Von Frederic Schnatterer

So harmonisch dürfte es zwischen Argentinien und Chile seit der Zeit der Militärdiktaturen in den 70er Jahren nicht mehr zugegangen sein. Am Montag (Ortszeit) kam der chilenische Präsident José Antonio Kast nach seiner Vereidigung am 11. März zum Antrittsbesuch ins Nachbarland. Dort empfing ihn sein Amtskollege Javier Milei mit einer herzlichen Umarmung im Präsidentenpalast Casa Rosada in Buenos Aires. Es ist Tradition, dass die erste Auslandsreise eines chilenischen Staatsoberhauptes nach Argentinien führt – für Chile der zweitwichtigste Handelspartner nach China.

Die Unterredung zwischen den extrem rechten Politikern fand hinter verschlossenen Türen statt; eine Pressekonferenz gab es im Anschluss nicht. Dafür wandte sich Kast später an die in der chilenischen Botschaft versammelten Journalisten, denen gegenüber er angab, das Treffen sei »sehr produktiv« verlaufen. Themen seien besonders die Zusammenarbeit im Energiebereich, beim Tourismus sowie beim Kampf gegen »irreguläre Migration« und organisierte Kriminalität gewesen. Kast, der seit weniger als einem Monat Präsident ist, möchte mehr als 300.000 Einwanderer ausweisen und die Ausbeutung natürlicher Rohstoffe vorantreiben.

In einer später von den Außenministerien beider Länder veröffentlichten Erklärung heißt es, man werde weiter »an einer zukunftsorientierten Agenda arbeiten, die auf der Verteidigung der gemeinsamen Werte Freiheit, Demokratie, Leben und Eigentum sowie auf der Förderung des Wirtschaftswachstums basiert«. Die argentinische Senatorin Patricia Bullrich schrieb nach einem Frühstück mit Kast und dessen Sicherheitsministerin Trinidad Steinert in sozialen Medien, man fördere »Ordnung, Gesetz und Freiheit in ganz Lateinamerika«. Während der ersten Hälfte der Amtszeit von Milei hatte Bullrich das Sicherheitsministerium geleitet.

Ideologische Nähe verbindet. Milei und Kast kennen sich von der Conservative Political Action Conference (CPAC), die 2022 im brasilianischen São Paulo veranstaltet wurde. Seitdem treffen sie sich regelmäßig auf Veranstaltungen der internationalen Ultrarechten. Zuletzt nahmen beide am [von US-Präsident Donald Trump initiierten Gipfel »Schild der Amerikas« in Florida](#) teil. Die Koalition unter US-Führung hat sich den Kampf gegen Drogenkriminalität auf

die Fahnen geschrieben. Dabei geht es nicht zuletzt darum, den Einfluss Chinas in Lateinamerika einzudämmen.

Weniger als 48 Stunden nachdem er im Dezember 2025 die Stichwahl gegen die Kommunistin Jeanette Jara gewonnen hatte, reiste Kast nach Buenos Aires. Für Milei war der Wahlsieg des Sohns eines deutschen Wehrmachtsoffiziers ein wichtiger Schritt auf dem Weg, einen Block rechts regierter Staaten in Südamerika aufzubauen, der unter seiner Führung steht. Kast zeigte sich am Montag optimistisch, dass »die Zusammenarbeit, die wir zwischen Argentinien und Chile erreichen können, und die spätere Einbindung von Ländern wie Bolivien und Paraguay in diese Allianz« den sogenannten Südkegel »erheblich stärken kann«. Der Cono Sur bezeichnet normalerweise die südlichsten Länder des Subkontinents, also Chile, Argentinien und Uruguay.

Einen Wermutstropfen hielt das Treffen für Kast allerdings bereit: Nur wenige Tage zuvor war die Verhaftung des Chilenen Galvarino Sergio Apablaza im Großraum Buenos Aires gescheitert. Apablaza, der während der Diktatur von Augusto Pinochet (1973 bis 1990) in der Guerilla Frente Patriótico Manuel Rodríguez (FPMR) aktiv gewesen war, konnte vor dem Eintreffen der Polizeikräfte fliehen. Wo er sich befindet, ist bislang unklar. Die argentinische Regierung hat eine hohe Belohnung für Hinweise ausgesetzt. Die chilenische Justiz wirft Apablaza vor, hinter dem Mordanschlag auf Jaime Guzman am 1. April 1991 zu stehen. Der Rechtsanwalt war federführend an der Ausarbeitung der Verfassung beteiligt, die sich die Pinochet-Diktatur 1980 gab. 1983 gründete Guzman die Rechtsaußenpartei Unión Demócrata Independiente (UDI), in der er später zum politischen Ziehvater des heutigen Präsidenten Kast wurde.

Apablaza lebt bereits seit 1993 in Argentinien, wo ihm die frühere Präsidentin, Cristina Fernández de Kirchner, 2010 politisches Asyl gewährte. Dieses wurde ihm im Februar von einem Gericht entzogen. Gegenüber *AFP* erklärte Apablazas Anwalt, Rodolfo Yanzón, am Montag, eine Festnahme seines Mandanten wäre »rechtswidrig«, da noch nicht alle Rechtsmittel ausgeschöpft worden seien, um zu verhindern, dass er seinen Flüchtlingsstatus verliert. Zudem bat er den UN-Ausschuss gegen Folter, sich für Apablaza einzusetzen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/520526.südamerika-rechtsaußen-ganz-im-süden.html>